

Beziehung zu den Gewerkschaften

Für die sozialdemokratischen Parteien sind die Gewerkschaften in der Regel schwierige, aber strategisch die wichtigsten Partner. Diese befinden sich indes selbst in schwierigem Fahrwasser und verlieren stetig Mitglieder. Im Zeichen von Gegner-, Tarif-, Organisations- und Mitgliederkrisen stehen sie heute unter Druck und Profilierungszwang, was das Reservoir ihrer Gemeinsamkeiten mit sozialdemokratischen Parteien einzuschränken und weniger Kompromisse möglich zu machen scheint. Mehr noch drohen die Milieus gemeinsamer Organisationszusammenhänge sich aufzulösen: weniger doppelte Mitgliedschaften, weniger hochrangige Gewerkschaftsvertreter in den Parlamenten, weniger sozialdemokratische Abgeordnete, die auch eine Gewerkschaftszugehörigkeit haben. Allenfalls in den nordischen Ländern kann man über den Verbund SAMAK noch studieren,

wie eng die Organisationszusammenhänge sein können.

Erschwert wird die Lage dadurch, dass viele in der aktuellen Weltwirtschaftskrise das Heil wieder im Nationalstaat suchen. Eine Renaissance des europäischen Nationalstaates trägt jedoch nichts mehr zur Lösung der Probleme in einer Welt mit neuen internationalen Machtstrukturen bei. Wirkungsvolle Regelungskompetenzen sind ohne eine europäischen Dimension undenkbar. Bei der Berücksichtigung des europäischen Horizontes tun sich viele sozialdemokratische Parteien aber noch schwer. Wir brauchen deshalb mehr »europäischen Mut« für sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung im Allgemeinen und der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise im Besonderen. Die soziale Gestaltung der Globalisierung verlangt eine aktive Europäische Union. Daher braucht die soziale Demokratie mehr Europa und Europa mehr soziale Demokratie.

Hans-Jochen Vogel

Ruhiges Selbstbewusstsein und realitätsnahe Geschichtsdeutung

Die Bedeutung der Gedenktage für die SPD

Es erscheint mir heute wichtiger denn je, dass die deutsche Sozialdemokratie ihre Geschichte, die Geschichte der Bundesrepublik und insbesondere auch ihren Anteil an dieser Geschichte nicht nur im eigenen Bewusstsein, sondern auch im Bewusstsein der heute Lebenden wach hält, von denen bekanntlich die große Mehrheit nach 1949 geboren ist. Und für die die Anfänge der Bundesrepublik viel weiter zurückliegen als für meine Generation der Erste Weltkrieg.

Dafür gibt es drei Gründe: Zum einen, weil wir aus der Geschichte lernen können,



picture-alliance

Hans-Jochen Vogel

(*1926) Bundesminister a.D., war u.a. von 1983 bis 1991 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und von 1987 bis 1991 Bundesvorsitzender der SPD.

was unser Volk in die Katastrophe des NS-Gewaltregimes geführt hat und was geschehen muss, damit sich dies nie mehr wiederholt. Wir können aber auch lernen aus den schwierigen Prozessen, welche die Bundes-

republik in ihrer Entwicklung einerseits durchmachen musste, und in denen sie ihre Herausforderungen bislang gemeistert hat, und andererseits auch aus den Fehlern, die es sicher auch gab und die sich nicht wiederholen sollten.

Zum zweiten können wir aus der Geschichte der Bundesrepublik Kraft schöpfen, denn es war letzten Endes doch eine beispiellose Erfolgsgeschichte.

Zum dritten ist die Besinnung auf unsere Geschichte geeignet, das sozialdemokratische Selbstbewusstsein zu stärken. Gelegentlich kann man den Eindruck gewinnen, dass das sehr nötig ist. Dabei geht es nicht um Überhebung, nicht um billige Propaganda, nicht um vordergründige polemische Auseinandersetzung, welche die Leistungen der anderen nicht anerkennt, sondern um ein ruhiges Selbstbewusstsein und eine darauf beruhende realitätsnahe Geschichtsdeutung. Sicher haben auch Sozialdemokraten Fehler gemacht. Aber allein schon welches Unheil wäre unserem Volk erspart geblieben, wenn es die sozialdemokratischen Warnungen vor dem heraufziehenden Unheil des Nationalsozialismus gehört und befolgt hätte. Und die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik haben wir Sozialdemokraten ganz wesentlich mit gestaltet. Mit Prinzipien und Kriterien übrigen, die unverändert Gültigkeit beanspruchen können. Das alles bringt eine alte Volksweisheit mit einem einfachen Satz zum Ausdruck. Der lautet: »Nur wer weiß, woher er kommt, weiß wo er sich befindet und wohin ihn sein Weg führt!«

Als erstes Bezugsjahr ist 1949 zu nennen, das Jahr, in dem das Grundgesetz verabschiedet wurde und die Bundesrepublik ins Leben trat. Das Grundgesetz ist unstreitig die beste Verfassung, die unser Land je gehabt hat, vor allem auch deshalb, weil sie eben nicht nur Zuständigkeits-, Organisations- und Verfahrensvorschriften enthält, sondern eine Wertordnung verkörpert, die eine eindeutige Antwort auf die verbrecherische Ideologie des NS-Gewaltregimes

gibt. Nicht umsonst heißt es im ersten Absatz des ersten Artikels »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«

An dem Zustandekommen dieser Verfassung haben Sozialdemokraten entscheidend mitgewirkt. So war es Ernst Reuter, der als West-Berliner Bürgermeister für eine rasche Inangriffnahme einer Grundordnung für Westdeutschland eintrat. Im Parlamentarischen Rat spielten Carlo Schmid, Walter Menzel und Georg-August Zinn eine entscheidende Rolle. Und Elisabeth Selbert kämpfte erfolgreich für die Aufnahme des Satzes »Männer und Frauen sind gleichberechtigt«. Eine wesentliche Modifikation hat sogar Kurt Schumacher selber gegen die ursprüngliche Position der Besatzungsmächte durchgesetzt. Nämlich eine stärkere Stellung des Bundes auf finanziellem Gebiet.

Das Jahr 1959 gehört in unseren Zusammenhang, weil am 15. November dieses Jahres das Godesberger Programm verabschiedet wurde. Gestützt auf die Erfahrungen der Weimarer Zeit und der Katastrophe der NS-Herrschaft, aber auch auf den raschen Wiederaufstieg der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg hielt es am Begriff des demokratischen Sozialismus fest, definierte ihn aber nicht mehr als einen mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verknüpften Endzustand, sondern als die dauernde Aufgabe, den sozialdemokratischen Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität durch gesellschaftliche Reformen immer aufs Neue gerecht zu werden. Alle übrigen Neuerungen des Godesberger Programms, so etwa ein verändertes, an Werten orientiertes Staats- und Rechtsverständnis, die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Begründungen für die Grundwerte und die Anerkennung eines eigenständigen Auftrags der Kirchen, stehen damit im Einklang.

Mit dem Godesberger Programm hat sich die deutsche Sozialdemokratie in Abkehr von früheren monokausalen Festle-

gungen auch endgültig der Pluralität und der Gleichberechtigung der Begründungen geöffnet. Das war in der Gestalt des endgültigen Übergangs von der Klassen- zur Volkspartei die tiefste Veränderung in der sozialdemokratischen Programmgeschichte. Außerdem war es eine entscheidende Voraussetzung für die Übernahme der Regierungsverantwortung in den folgenden Jahren und für die damit eröffneten Einflussnahmen auf die Gestaltung unseres Gemeinwesens und der Lebensverhältnisse seiner Bürgerinnen und Bürger.

1969 wurde am 5. Mai mit Gustav Heinemann erstmals ein Sozialdemokrat zum Bundespräsidenten und am 21. Oktober 1969 Willy Brandt als erster Sozialdemokrat zum Bundeskanzler gewählt. Auf 17 Jahre Opposition und drei Jahre einer Großen Koalition, in der die SPD als Juniorpartner fungierte, folgten damit 13 Jahre, in denen zunächst Willy Brandt und dann Helmut Schmidt die Bundesregierung anführten. Zunächst folgten die großen innenpolitischen Reformen, die unter der Devise standen »Mehr Demokratie wagen«. Unter dieser Devise gelang es Willy Brandt auch, eine sehr beträchtliche Anzahl der sogenannten 68er für die Demokratie und für unsere Partei zu gewinnen. Die Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts, die auf der Westintegration der Bundesrepublik unter Konrad Adenauer aufbaute, wurde von Helmut Schmidt auf seine Weise mit der Förderung des Helsinki-Prozesses und der Unterzeichnung der Schlussdokumente fortgesetzt. Dies waren unentbehrliche Voraussetzungen für die deutsche und die europäische Einigung. Die Union sah das bekanntlich anders. Sie wollte beispielsweise Helmut Schmidt durch den Bundestag die Unterzeichnung der Schlussdokumente verbieten lassen, weil diese nur der Sowjetunion zusätzlich Macht und Einfluss verschaffen würden. Ein historischer Irrtum!

Im Hinblick auf das Jahr 1989 werden manche ihrer alten Vorwürfe gegen die

Haltung der SPD im Einigungsprozess wiederholt. Deshalb müssen wir unter anderem folgendes immer wieder deutlich machen: Es gab damals durchaus divergierende Einzelstimmen. Darunter auch die des damaligen Kanzlerkandidaten. Er wollte beispielsweise im November 1989 den DDR-Staatsbürgern die bundesdeutsche Staatsangehörigkeit entziehen und so ihre weitere Übersiedlung in die Bundesrepublik unterbinden. Zudem wollte er die von Wolfgang Roth und Ingrid Matthäus-Maier vorgeschlagene Währungsunion verhindern. Aber die Partei und die Fraktion sind ihm nicht gefolgt. Sie haben am Einigungsprozess konstruktiv mitgearbeitet.

Der Zehn-Punkte-Plan Kohls, der immer wieder erwähnt wird, stimmte komplett mit dem Fünf-Punkte-Konzept überein, das ich in derselben Sitzung am 28. November 1989 als erster Redner vorgetragen habe. Richtig ist, dass 25 Mitglieder unserer Fraktion gegen die Währungsunion gestimmt haben. Aber wer weiß denn noch, dass 13 Mitglieder der Unionsfraktion den Einigungsvertrag abgelehnt haben, ja dass 7 von ihnen sogar das Bundesverfassungsgericht anriefen, um die Beschlussfassung zu verhindern?

Die SPD hat auch nicht weniger, sondern eher mehr Kontakte zu den oppositionellen Kräften in der DDR unterhalten als die Union. Solche Kräfte haben – von uns sogleich anerkannt und unterstützt – am 7. Oktober 1989 in Schwante aus eigenem Entschluss eine sozialdemokratische Partei der DDR gegründet, während die Union eine Block-CDU übernahm, deren Kader sich noch im Herbst 1989 zur offiziellen SED-Linie bekannt hatten.

Wenn wir des Mauerfalls und des Einigungsprozesses gedenken, sollten allerdings nicht primär polemische Auseinandersetzungen belebt werden. Vielmehr sollten wir uns alle von Herzen freuen. Freuen darüber, dass erstmals in unserer Geschichte eine friedliche demokratische Revolution erfolgreich war.